



**Dr. Ernst Dieter Rossmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Dr. E. D. Rossmann, MdB - Platz der Republik - 11011 Berlin

Herrn  
Werner Schwarz

Landesgruppe Schleswig-Holstein  
der SPD-Bundestagsfraktion  
Sprecher: Dr. Ernst Dieter Rossmann MdB

Büro der Landesgruppe: Nadine Brockmann  
Paul-Löbe-Haus, R 7144/7131

Platz der Republik  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 - 75 318

Fax: (030) 227 - 76 318

E-Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Berlin, den 27. März 2009

### Aktion Volksabstimmung

Sehr geehrter Herr Schwarz,

herzlichen Dank für Ihre Postkarte, mit der Sie sich für die dreistufige Volksgesetzgebung auf Bundesebene einsetzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte bereits 1993, im Anschluss an die Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission, einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem ein Volksentscheid auf Bundesebene ermöglicht werden sollte. Im Jahr 2002 hatten wir zusammen mit unserem damaligen Koalitionspartner Bündnis 90/Die Grünen erneut einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid eingebracht.

Da es sich bei Neuregelungen zur Volksabstimmung um eine Verfassungsänderung handelt, bedürfte es einer Mehrheit von zwei Dritteln in Bundestag und Bundesrat, die nicht zustande kommen kann, solange die CDU/CSU-Fraktion das Vorhaben ablehnt. Im Jahr 2005 haben wir deshalb nochmals versucht, die CDU/CSU-Fraktion „mit ins Boot zu holen“, was leider nicht gelungen ist.

Auch mit Hinweisen auf die Praxis in den Bundesländern, in denen es bisher gute Erfahrungen gibt, ließ sich die CDU nicht umstimmen. Als Schleswig-Holsteiner kann ich die gute Praxis des Volksentscheids auch aus kommunalen Erfahrungen heraus nur bestätigen.



**SPD-Landesgruppe  
Schleswig-Holstein**

Dr. Hans-Peter Bartels

Dr. Michael Bünsch

Bettina Hagadem

Gabriele Hiller-Ohrn

Sönke Rix

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Jörn Thießen

Franz Thönnies

Dr. Wolfgang Wodarg

Die problematische Insellösung bei der Abstimmung zur Rechtschreibreform hat uns allerdings gleichzeitig gezeigt, wo die Grenzen für regionale Volksentscheide sind.

Die SPD und die SPD-Fraktion werden das Vorhaben trotzdem weiter verfolgen. Daher haben wir in unserem Wahlmanifest zur Bundestagswahl 2005 festgehalten: „Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.“ Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU ist vereinbart worden, dass „die Einführung von Elementen der direkten Demokratie“ geprüft wird.

Leider ist zu befürchten, dass sich die CDU-/CSU-Fraktion zum wiederholten Male der Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid widersetzen wird. Die CDU/CSU ist und bleibt damit die einzige Partei, die sich Ihrem und unserem gemeinsamen Anliegen entgegen stellt und so diese wünschenswerte Reform des Grundgesetzes blockiert.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Dote Rasmann -